

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.
Uns aus der Knechtschaft zu erlösen,
das müssen wir schon selber tun.“
(Die Internationale, Eugène Pottier, Pierre Degeyter
und der ArbeiterInnengesangsverein Lille, 1888)
„Gott hat keine anderen Hände
als unsere.“ (Dorothee Sölle, 1929-2003)

OGH-Erkenntnis beendet GÖD-Willkür gegen Unabhängige GewerkschafterInnen

Rechtsanspruch der UG auf ein Mandat im GÖD-Vorstand bestätigt
Gemäß Fraktionsordnung § 3, Z 4, ist UG nun Fraktion der GÖD

Diese nach mehr als 20 Jahren und am Ende erst auf dem außergewerkschaftlichen Rechtsweg erreichte Bestätigung der Fraktionsanerkennung nehmen wir als Motivationsschub für parteiunabhängige Gewerkschaftsarbeit zur Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben. Bei den Personalvertretungswahlen 2014 wollen wir stärker werden und noch mehr KollegInnen für gewerkschaftliche Arbeit gewinnen. Wir wollen mehr erreichen, wir wollen eine phantasievolle, offensive und demokratische Gewerkschaft!

Die Verbindlichkeit von PV- und anderen demokratischen Wahlergebnissen für die Zusammensetzung der GÖD-Organen wurde vom OGH bestätigt. Bis zum nächsten GÖD-Kongress 2016 heißt das: Das 14. Vorstandsmandat der insgesamt 18 (dzt. 12 ÖAAB/FCG, 6 FSG) steht der UGÖD/UG zu. Die GÖD hat nun umgehend die seit dem Bundeskongress 2011 rechtmäßige Zusammensetzung des Vorstandes herzustellen, d.h. 12 ÖAAB/FCG, 5 FSG, 1 UG). Der von den FSG-FunktionärInnen mitgetragene ÖAAB-Rechenrick ist unrecht. Die ÖAAB- und GÖD-Begründung, wonach das der Stimmenstärke der UG entsprechende 14. Mandat für einen der 18 Vorstandssitze nicht ausreicht, weil nicht der 18-köpfige Vorstand, sondern seine Teile Präsidium (GÖD-Vorsitzender und 5 StellvertreterInnen) und die „weiteren Mitglieder“ (12) in separaten Wahlgängen gewählt wurden, hat der OGH (wie zuvor der Berufungssenat des Landesgerichts Wien) in letzter Instanz zurückgewiesen: Das Wahlumlageverfahren muss die Gesamtschau berücksichtigen. Ob die GÖD-Mehrheit auf Basis des OGH-Urteils zu einer innergewerkschaftlichen Lösung der

mit dem Vorstandssitz verbundenen Fraktionsanerkennung bereit ist, wird sich zeigen - müsste aber nach der GÖD-Fraktionsordnung klar sein.

Wir erwarten ab 1. September eine rechtmäßige Zusammensetzung des GÖD-Vorstandes entsprechend den Stimmenverhältnissen der PV-, Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen 2009/10. Das wird uns erstmals die Möglichkeit geben, Informationen über laufende und geplante GÖD-Aktivitäten zu bekommen und öffentlich zu diskutieren. Wir werden Themen wie Budgetkürzungen, Vermögensbesteuerung, Anstellungsstopp, Arbeitszeit und Arbeitsbelastung, prekäre und Praktikumsverträge oder ein neues arbeitnehmerInnenfreundlicheres Dienstrecht im Vorstand einbringen, Anträge stellen, für Bewegung sorgen. Dazu kommt die Einsichtnahme in Protokolle und seit 2011 gefasste Vorstandsbeschlüsse.

Die Fraktionsanerkennung in der GÖD als Chance

Das OGH-Urteil wird die innergewerkschaftliche Informationstätigkeit und Diskussion beleben, ist aber nicht genug. Wir UG sind keine Fraktion von FunktionärInnen, die alle 5 Jahre um Bestätigung und Legitimation ihrer ÖAAB- oder FSG-Stellvertreterpolitik für die nächsten 5 Jahre wahlkämpft. Wir wollen soziale und demokratische Veränderungen im Interesse unserer KollegInnen und mit unseren Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind so viele und so stark in Gewerkschaft und Personalvertretung, wie KollegInnen bereit sein werden an Dienststellen, auf Landes- oder Bundesebene zu kandidieren. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, vor allem im ÖVP-dominierten Landesdienst, heißt das nicht
bitte Seite 2 weiterlesen

ÖLIUG bildung-forum.net

Sich informieren, mitreden, Fragen stellen...

Bildungsforum der ÖLI-UG

NEU: Für alle, die wissen wollen, was in der Bildung läuft. Für alle, die über Bildung und Politik und Gesellschaft, Schule und Unterricht und Entwicklung, Schule und Recht mitreden wollen oder Fragen dazu haben. Und wie funktioniert das? Alle erforderlichen Informationen dazu: <http://www.bildung-forum.net> => Tutorial/Nutzungstipps - ÖLI-UG Forum optimal nutzen. Noch Fragen? => sparr@oeli-ug.at

PV WAHL 2014

Liebe KollegInnen! Am 26./27. Nov. werden wieder für die nächsten 5 Jahre die **Personalvertretungen** auf Schul-/Bezirks-/Landes-/Bundesebene **gewählt**. In einigen Bereichen auch die GÖD-Gremien. **Deine Stimme bei den PV-Wahlen (speziell auf Landesebene) bestimmt aber auch die Zusammensetzung der Organe der Gewerkschaft GÖD!** Wer sich nicht von Parteilisten vertreten lassen und **unabhängig kandidieren** will, die/den **unterstützen** wir gerne! Einreichschluss für WählerInnen-Listen ist am 29. Oktober.

PV-/Gewerkschafts-Schulungen

Wir laden alle herzlich ein, die sich das notwendige Basiswissen (PVG, oder auch Dienst-/Besoldungs-/Pensionsrecht) aneignen wollen. Die Teilnahme ist **mit keiner Mitgliedschaft und keinen Kosten** verbunden. Die ÖLI kommt für das Seminar, aber nicht für die Reisekosten auf. Thema:

Transparenz, Mitbestimmung u. Solidarität als Basis guten Schulklimas

Bitte anmelden mit Angabe von Name, e-Mail, Schule, Seminarort/-datum, Inhaltswunsch an a@oeli-ug.at od. 0680 2124358
Sa, 27.9., 10-18 Uhr in Zeillern/Amstetten
Fr, 3.10., 17-22 Uhr in Oberwart
Sa, 4.10., 9-14 Uhr in Eisenstadt
Mo-Mi, 6.-8.10. Steli-UG-Seminar im Trattnerhof, 8102 Semriach
Fr, 10.10., 17-22 Uhr in Villach
Sa, 11.10., 9-14 Uhr in Klagenfurt
Do, 16.10., 9-17 Uhr in Innsbruck
Angemeldete bekommen dann weitere Infos. Sollen wir weitere Termine an anderen Orten organisieren? Bitte melden.

Schau in www.oeli-ug.at/Wahl2014F.pdf, lies Seite 1 die rechte Spalte und suche links im Inhaltsverzeichnis deinen Bereich. Druck dir 'deine' Seite(n) aus, wenn du uns mit einer Unterschrift oder (Solidaritäts-)Kandidatur unterstützen magst und sprich auch andere darauf an. Danke.

Fortsetzung von Seite 1

nur gegen den Alleinvertretungsanspruch von ÖAAB/FCG in PV und Gewerkschaft antreten, sondern auch sich als vielfältig abhängige DienstnehmerIn gegenüber machtbewussten ÖAAB-Vorgesetzten zu exponieren. Solidarität und Rückhalt sind da notwendig. Die Erfahrung, dass offenes, öffentliches Auftreten auch Schutz vor obrigkeitlicher Willkür bedeuten kann, ist hilfreich. Parteiunabhängig wählen wollen immer mehr, aber damit möglichst viele der von Gehaltsabschlüssen, Aufnahme-stopp, ungesichert-befristeten Verträgen oder dem neuen LehrerInnendienstrecht enttäuschte KollegInnen auch wählen können, dazu brauchen wir KandidatInnen, die die Gewerkschaft und Personalvertretung aktiv und solidarisch mitgestalten wollen.

Unabhängig kandidieren für eine demokratische ArbeitnehmerInnenvertretung im öffentlichen Dienst, für parteiunabhängige Personalvertretungs- und Gewerkschaftsarbeit

Das OGH-Urteil macht klar: Wenn wieder und mehr junge und alte KollegInnen, mit ungesicherten und unbefristeten Verträgen, Vertragsbedienstete, Beamte und ASVG-lerInnen sich einmischen und bis Mitte Oktober in noch mehr Bereichen als 2009 UG-Listen eingereicht werden, dann kommen die ÖAAB-Partei- und Machtpolitiker in immer mehr GÖD-Teilgewerkschaften unter Druck, FSG-FunktionärInnen werden überlegen, ob sie ÖAAB-GÖD-Positionen oder nicht doch besser doch besser gemeinsam mit den Unabhängigen GewerkschafterInnen ÖGB-Positionen zur Steuer-, Budget-, Bildungs- und Sozialpolitik in den Gremien der GÖD aktionsorientiert vertreten. Es gibt auch in der GÖD christliche GewerkschafterInnen, die genug haben von ÖAAB-NÖ, Wirtschafts-bund, Bauernbund und Raika, auch vom ständischen Gegeneinander der LehrerInnengewerkschaften, denen eine konservative, landes-parteilpolitisch eingefärbte Ausgrenzungsideologie und das Verhindern von Schulreformen wichtiger sind als das gemeinsame Vertreten der ArbeitnehmerInneninteressen aller LehrerInnen. Die Niederlage der GÖD beim LehrerInnendienstrecht 2013 kann 2014 nicht weggeschwiegen werden.

Frust über „die Gewerkschaft“, Resignation und Rückzug, Personalvertretung den Parteifractionen überlassen, darauf bauen die ÖAAB-Statthalter in der FCG, die sich als Mehrheitseigentümer der GÖD sehen, die allein entscheiden, was Gewerkschaftsforderungen sind und bis zum OGH-Urteil allein entschieden haben, was in der GÖD Demokratie ist. Der Standard kommentierte die Entscheidung der Höchstinstanz für den UG-Vorstandssitz in einer Kurzmeldung:

Mit dem Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes sei „eine der letzten Bastionen großkoalitionärer Absprachen gefallen“, eine journalistische Aufwertung der FSG, die in der GÖD als eigenständiger Koalitionspartner nur schwer erkennbar ist.

Join the Union – Change the Union!

„Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein“, weiß Brechts Galilei. Wir ergänzen: Lebensmut, Lebensfreude und Freundlichkeit brauchen mutige, lebensfrohe und freundliche Menschen. Recht haben reicht nicht aus, es geht ums gemeinsame Tun. Informationen, GesprächspartnerInnen, Unterstützung für die PV- und Gewerkschaftswahlen in der GÖD: www.ugod.at pv-wahl2014@ugod.org www.oeliug.at - a@oeli-ug.at



Reinhart Sellner, sellner@oeli-ug.at



Der Rest ist Staunen

Editorial

Liebe KollegInnen!

Am 26./27. November gibt's **Personalvertretungswahlen**. Wir laden alle ein, über eine **parteiunabhängige PV-/Gewerkschafts-Kandidatur** nachzudenken und sagen unsere volle Unterstützung zu. Auf Seite 1 gibt es **Termine** zur Information über PV/Dienstrecht/Gewerkschaft usw. LehrerInnenvertretung darf weder von Parteipolitik noch von zwinghaftem Sparen dominiert werden. Unser PV-Motto: **Mitbestimmung, Transparenz und Solidarität als Mittel und Wege zum guten Schulklima**.

LehrerInnenarbeit darf nicht vom Dauerdruck bestimmt sein. Es muss darum gehen, die Schule für SchülerInnen und LehrerInnen immer lebenswerter, sinnvoller und erfüllender zu machen. Dazu brauchen wir weder überbordende Bürokratie noch Dauerkontrolle noch überbewertete Prüfungsformalisten. Wir LehrerInnen wollen unterrichten, mit den SchülerInnen arbeiten, in unterschiedlichsten

Formen, motivierend, eigenverantwortlich. Meint

's **ÖLI-Team** und wünscht euch ein sehr zufriedenstellendes Schuljahr.

Kontaktaufnahme mit ÖLI-UG:

Du hast Fragen zum Dienstrecht, zu deinem Vertrag, zu Vorgängen in der Schule, zu Personalvertretung oder Gewerkschaft? Du möchtest Anregungen geben, was die LehrerInnenvertretungen auf Landes-/Bundesebene aufgreifen sollen? Oder willst selbst in parteiunabhängiger LehrerInnen-Berufsgemeinschaft aktiv werden? Nimm Kontakt mit uns auf. ÖLI-MandatarInnen und Kontaktpersonen findest du auf www.oeliug.at, „ÖLI-Team“, dann „Vorstand“ oder „Länderorganisationen“ anklicken. Oder mail an: a@oeli-ug.at

Impr.: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, a@oeli-ug.at, 0680 2124358, 4643 Pflasterw.7. Redaktion: Gary Fuchsbauer u. d. ArtikelautorInnen. Papieraufgabe 64.000. Kreidekreis = ÖLI-UG-Informations/Diskussionsorgan. Wir finanzieren uns durch unsere LeserInnen: IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320, lautend auf Mayr/Fuchsbauer, ÖLI-Vors./Kassier.

Weg mit dem Binnen-I und auch gleich mit der Mehrzahl und dem Dativ

„Die Bewohner der Haus haben Angst vor das Erdbeben.“



Andreas Chvatal, chvatal@oeli-ug.at, HS-Lehrer in Wien, apflug, Mitglied der Bundesvertretung der Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen für ÖLI-UG

Der Satz im Untertitel ist eindeutig korrekt. Aber nur, wenn die jüngsten Bestrebungen namhafter Menschen, die – angeblich – die deutsche Sprache klarer und verständlicher machen wollen*), berücksichtigt werden. Wenn es richtig sein kann, dass die männliche Form „Bewohner“ die weibliche (Bewohnerinnen) einschließt, dann muss es auch möglich sein, dass der Singular (Haus) den Plural (Häuser) einschließt und auch der Akkusativ (das Erdbeben) den Dativ (dem Erdbeben). Dass die drei Einschlüsse genau gleich falsch sind, ist nebensächlich.

Auch die erwähnten bestrebten Namhaften werden eines nicht ändern, nämlich, dass das Wort ‚Bewohner‘ nur Bewohner bedeutet und nichts anderes. Diesbezügliche Beispiele scheinen angebracht. ‚Bewohner‘ bedeutet – z. B. – nicht ‚Schraubenzieher‘. Oder: ‚Bewohner‘ bedeutet nicht ‚Wichtig-tuer‘. Und jetzt bitte höchste Konzentration: ‚Bewohner‘ bedeutet auch nicht ‚Bewohnerin‘. Die Erkenntnisse der Hilfswissenschaft Biologie belegen dies ohne jeden Zweifel. ‚Bewohner‘ sind männlichen Geschlechts (Chromosomen x und y). Bei ‚Bewohnerinnen‘ handelt es sich hingegen um weibliche Wesen (Chromosomen x und x), und zwar sowohl biologisch als auch grammatikalisch. Trotz dieses weithin anerkannten Faktums soll – wenn obigen namhaften Bestrebungen entsprochen wird – künftig der Begriff ‚Bewohner‘ den Begriff ‚Bewohnerinnen‘ einschließen müssen. Wenn demzufolge die exemplarischen ‚Haus‘ nur von einem männlichen und vielen weiblichen Menschen bewohnt werden, dürfte keinesfalls von Bewohnerinnen und Bewohnern oder gar von BewohnerInnen und schon gar nicht Bewohner/innen oder Bewohner_innen geredet oder geschrieben werden. Nein, ein einziger Bewohner müsste immer und ausnahmslos jede Anzahl von Bewohnerinnen einschließen. Nur durch die Anwendung dieser Logik könne die deutsche Sprache wieder verständlich werden, so die Befürworter dieser Forderung. Im Falle ihrer Nichtanwendung wür-

de dem deutschen Text der Verlust der Lesbarkeit drohen. Doch dazu später.

Der nächste logische Schritt auf dem Weg, Deutsch zu einem praktikablen Kommunikationsmittel zu machen, wäre somit der verpflichtende Einschluss des Plurals durch den Singular. Im Beispielsatz ist der Plural am Artikel ‚der‘ zu erkennen. Das genügt! Die veralteten Formen ‚des Hauses‘ und ‚der Häuser‘ können um der Verständlichkeit willen verworfen werden. Es ist kein Problem, dass dann nicht klar ist, wieviele ‚Haus‘ es sind. Der einschlussberechtigte Begriff ‚Bewohner‘ lässt ja ebenfalls offen, ob damit auch Frauen gemeint sind. Des weiteren wird durch den Einschluss impliziert, dass auch, wenn Frauen gemeint sein sollten, dem bestenfalls untergeordnete Bedeutung zukommen kann. Wozu also sie gesondert erwähnen?

Und wenn wir schon dabei sind, sollten wir auch gleich ein Einschlussgebot des 3. Falls in den 4. festschreiben. Damit stünde satzgewordenen Gustostücken wie den folgenden nichts mehr im Wege.

Die Leser (gemeint sind Frauen und Männer!) leisteten die Anweisung zum Einschlussverfahren nicht Folge und schrieben viele empörte Brief. Sie meinten, der Einschlusszwang würde die chauvinistische Meinungsmache Vorschub leisten. Die Argumente der selbsternannten Sprachpolizist basieren auf einen klaren grammatikalischen Pallawatsch.

Es ist schlicht und ergreifend falsch, etwa mit dem Begriff ‚Kindergärtner‘ die ungefähr 95% weiblichen Angehörigen dieser Berufsgruppe einschließen zu wollen. Daran würde wohl gemerkt auch nichts richtiger, wenn es über Nacht 95% männliche Kindergärtner gäbe.

Die Sturheit und Gehässigkeit, mit der die simple Tatsache ignoriert wird, dass ‚Arbeiter‘ nicht gleichzeitig auch ‚Arbeiterin‘ bedeutet, lässt vermuten, dass es hier um mehr geht als um die Sorge bezüglich Lesbarkeit.

Es wird argumentiert, dass die Lesbarkeit durch geschlechtssensible Formulierungen in ihrem Bestand gefährdet sei. Ein weiteres Beispiel scheint angezeigt. Folgende Sätze wären demnach nicht lesbar:

„Alle Journalist/innen überprüfen sorgfältig ihre Artikel.“ „Jede/r Schüler/in ist künftig für seine/ihre Mitschrift selbst verantwortlich!“ Jede und jeder kann in einem simplen Selbstversuch überprüfen, ob hinsichtlich dieser Beispiele Lesbarkeit vorliegt. Es darf sowohl laut als auch leise gelesen werden. Los geht’s!

Hat doch prächtig geklappt, nicht wahr? In Abwandlung eines alten Sprichwortes kann festgestellt werden: Die Lesbarkeit liegt im Hirn des Lesers oder der Leserin. Von dort

droht ihr allerdings Gefahr. Wer wegen eines Binnen-I in Rage gerät, beeinträchtigt die Lesbarkeit ihrer oder seiner Lektüre. Ein vernunftbegabtes Leseverhalten wird in der Regel zu einer hohen Verständnisquote sowie zur Erkenntnis führen, dass geschlechtssensible Formulierungen in Ausnahmefällen ein bisschen holpern, und mehr schon nicht. Keinesfalls werden dadurch Missverständlichkeiten verursacht, die nicht durch zweites Drüberlesen restlos ausgeräumt werden können.

Den Wichtig-tuerInnen, die gendergerechte Formulierungen im öffentlichen Sprachgebrauch verhindern wollen, sei gesagt, dass ihr Aufruf zum Widerruf einer logischen, grammatikalisch korrekten und emanzipativen Sprachregelung von beachtlicher Abgehobenheit zeugt. Alle, denen das wichtig ist, lassen sich geschlechtssensible Formulierungen ohnehin nicht verbieten. *Die meisten Schreiber werden ihren Vorschlag keinerlei Beachtung schenken und weiterhin gendergerechte Text verfassen.*

*) siehe "800 Sprachkritiker gegen die Zerstörung der Sprache durch Binnen-I und andere von oben verordnete Veranstaltungen." zB in <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/3838350/Zeit-fur-eine-Ruckkehr-zur-sprachlichen-Normalitaet>
Im ÖLI-UG Informations- und Diskussionsforum www.bildung-forum.net (schau rein!), haben wir zum Thema in www.bildung-forum.net/viewtopic.php?f=27&t=243 einige Texte von Journalistinnen und auch die Ministeriumsbrochure "Geschlechtergerechtes Formulieren" dazu gestellt (www.bildung-forum.net/download/file.php?id=48)

<http://orf.at/stories/2241151>, 9.8.2014:
Knappe Mehrheit laut Umfrage für Binnen-I. Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner am Montag erscheinenden Ausgabe berichtet, spricht sich eine knappe Mehrheit der österreichischen Bevölkerung (55 Prozent) für eine Bezugnahme auf Frauen in der Sprache aus (Binnen-I, Verwendung von männlicher und weiblicher Form). 40 Prozent der Befragten sind laut der vom Meinungsforschungsinstitut Unique research für das Magazin durchgeführten Umfrage dagegen. Fünf Prozent wollten sich dazu nicht äußern. In puncto Gleichberechtigung sind die Österreicherinnen und Österreicher gespalten. 52 Prozent finden, Frauen hätten die gleichen Rechte wie Männer. 46 Prozent der Befragten halten Frauen für benachteiligt. Zwei Prozent wollten sich dazu nicht äußern. [Diese Ausgabe des „profil“ ist übrigens konsequent „verweiblicht“. Maskulinformen werden nur verwendet, wenn ausschließlich Männer gemeint sind - sonst ist (fast) im ganzen Magazin die weibliche Form zu lesen.]

MitarbeiterInnen und Studierende des Germanistik-Instituts (Uni Wien) äußern ihr „Befremden“ über die „letztlich polemische öffentliche Stellungnahme“ der 800, darunter auch Emeriti des Instituts. Die SprachwissenschaftlerInnen „unterstützen geschlechtssensible Schreibweisen als Ausdruck eines respektvollen demokratischen Miteinanders“, heißt es in der auch vom Dekan der Philologisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät Matthias Meyer sowie zwei stellvertretenden Institutsvorständen unterzeichneten Stellungnahme.

Immer wieder mal: Die Unfinanzierbarkeit der Pensionen

Von Andreas Chvatal,
Mandatar für ÖLI-UG und aplflug

Am 27.7.2014 erschien im KURIER der Artikel ‚Versteckte Paradiese‘ von Daniela Kittner. Darin werden Professor Bernd Marins Thesen zur – angeblichen – Unfinanzierbarkeit des österreichischen Pensionsystems feinsäuberlich aufgelistet. Das Ergebnis ist eine wahrlich meisterhafte Verquickung korrekter Zahlen mit kryptischen Andeutungen, geschickt platzierten Nebensächlichkeiten und böartigen Unterstellungen. Der manipulative Einsatz der Zahlen durch das Verschweigen entscheidender Fakten wird gewissermaßen zur Kunstform entwickelt. Einige der so entstandenen argumentativen Blüten sollen hier zitiert und kommentiert werden. Zuvor jedoch eine Information aus einer im Auftrag des Sozialministeriums 2010 erstellten Prognose.

Bundeszuschuss zu den Pensionen	Entwicklung des BIP
2014: 9,7 Mrd	2014: 296 Mrd
2025: 14,9 Mrd	2025: 353 Mrd
2035: 22,8 Mrd	2035: 415 Mrd

Das heißt, der Bundeszuschuss wird bis 2035 von 3,3% auf 5,5% des BIP steigen. Was kann daran unfinanzierbar sein?

Zurück zu Professor Marin und den von ihm identifizierten (Pensions-)Paradiesen. Zitat 1: ‚Derzeit wird jeder ASVG-Pensionist mit 100 000 Euro, jeder Beamte mit 400 000 Euro von Jüngeren bezuschusst.‘ Ein Juwel! Die SteuerzahlerInnen, die gemeinsam für den Bundeszuschuss zu den Pensionen aufkommen, als ‚die Jüngeren‘ zu bezeichnen ist ein absoluter Geniestreich. Ein wichtiger Beitrag beim Schüren von Neid und Missgunst der ‚Jüngeren‘ gegenüber den PensionsbezieherInnen. Und dann auch noch diese Summen! Über welchen Zeitraum diese ‚Bezuschussungen‘ erbracht werden, verschweigt der Herr Professor geflissentlich. Frau/man bleibt aufs Raten angewiesen, könnte aber auch rechnen. 100 000 € über durchschnittlich 23 ASVG Pensionsjahre sind monatlich 310 €. Für alle 2,3 Mill ASVG PensionistInnen ergibt das 700 Mill € und wird aus den Steuern von 4,2 Mill Erwerbstätigen bedeckt. Macht 166 € monatlich von der bezahlten Steuer jeder erwerbstätigen Person. Wichtig dabei: Selbst wenn der Bundeszuschuss zur Gänze wegfiel, würden ‚die Jüngeren‘ sich keinen Cent Steuer ersparen.

Zit. 2: ‚Drei Viertel beantragen eine Invaliditätspension.‘ Beantragte I-Pensionen sind noch lange keine bewilligten I-Pensionen! Nicht ganz unwichtig in diesem Zusammenhang: Laut Statistik Austria waren von den im Jahr 2012 bezogenen 2 273 628 Pensionen gerade mal 208 339 (9,16%) I-Pensionen (BeamtenInnen nicht berücksichtigt). Die von Marin suggerierte Gefahr des

Anschwellens der I-Pensionen in Richtung 75% kann wohl getrost unter ‚Volksmärchen‘ schubladiert werden.

Zit. 3: ‚Wer keinen Weg in die Frühpension findet, gilt gemeinhin als unfähig.‘ Kommentar eigentlich überflüssig. Das ist eine primitive, unbelegbare Verallgemeinerung. Interessant in dem Zusammenhang ist allenfalls, dass Marin schon vor einiger Zeit erklärt hat, dass alle InvaliditätspensionistInnen seiner Meinung nach TachiniererInnen sind. Wie gesagt, primitiv und unbelegbar.

Zit. 4: ‚Pro Jahr steigt die Lebenserwartung um 3 Monate...‘ ...also in zehn Jahren um 2,5 Jahre. Die Kommission des Sozialministeriums geht in ihrem Bericht von einer Steigerung der Lebenserwartung um 1 Jahr in einem Jahrzehnt aus. Einigen wir uns auf 1,75 Jahre oder darauf, dass ohnehin niemand wirklich wissen kann, wie die Lebenserwartung in 20 Jahren sein wird?

Zit. 5: ‚Pro Kalenderjahr wachsen 240 Millionen Euro Kosten zu. Ein Jahr längere Lebenserwartung kostet eine Milliarde...‘ ‚Zuwachsen‘ können nur die Kosten für Neupensionierungen. Offenbar entstehen die 240 Millionen, wenn ausgerechnet wird, wieviele PensionistInnen ihre Lebenserwartung schon überschritten haben. Da nicht einmal Marin PensionistInnen den Vorwurf machen würde, dass sie noch leben, müsse der Kostenzuwachs eben durch eine Anpassung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung kompensiert werden. Die winzige Gruppe der jährlichen NeupensionistInnen soll also durch ein höheres Antrittsalter (oder geringere Pensionshöhe) den Kostenzuwachs kompensieren, sodass die vergleichsweise riesige Gruppe der SteuerzahlerInnen die Gewissheit hätte, dass von ihren Steuern weniger für den Pensionszuschuss des Bundes aufgewendet wird. Nochmals: Die SteuerzahlerInnen würden sich durch einen geringeren Bundeszuschuss zu den Pensionen genau gar nichts ersparen!

Zit. 6: ‚Beamte erwarben in zehn Jahren soviel an Bemessungsgrundlage für die Pension wie ein normalsterblicher ASVGler in 25 Jahren.‘ Der Begriff ‚Bemessungsgrundlage‘ soll offenbar davon ablenken, dass hier zum xten Mal der völlig sinnlose Vergleich von ASVG- und Beamtenpensionen strapaziert wird. Marin weiß natürlich genau, dass die große Anzahl von Hungerlöhnen, die die ASVG Durchschnittspension auf 977 Euro brutto(!) drücken, im Beamtenbereich nicht existiert. Um dies zu verschleiern, sagt der Herr Professor ‚Bemessungsgrundlage‘ und hofft darauf, dass niemandem etwas auffällt.

1997 wurde die Beamtenpension mit 80% des Letztbezugs durch die Einführung eines Durchrechnungszeitraums abgeschafft. Seither nähern sich die Beamtenpensionen langsam, aber sehr sicher dem ASVG an. Die Angleichung dauert lang, was jedoch durch die enormen Ver-

luste der BeamtInnen gerechtfertigt ist. Für Marin ist die Abschaffung der Beamtenpension eine – Zit. 7 – ‚Bevorzugung‘ (!!) durch eine ‚schonungsvolle Pensionsreform‘. Dem kann der Fall des Verfassers dieser Zeilen entgegengehalten werden. Als beamteter Pflichtschullehrer würde sich seine Pension ohne Pensionsreform 2003 mit 62 auf brutto etwa 3200 Euro belaufen, da er aber ‚schonungsvoll bevorzugt‘ wird, wird er nur 2300, ebenfalls brutto, bekommen, wenn nicht eine nächste Pensionsreform noch mehr Abzüge bringt.

Zit. 8: ‚Da lagern beispielsweise Energieversorger milliarden schwere Pensionsrücklagen in Pensionskassen aus, um zu verschleiern, welche Kosten für Sonderpensionen im Strompreis stecken.‘ Erstens: Was haben Sonderpensionen mit den gesetzlichen Pensionen zu tun? Zweitens: Was sind überhaupt Sonderpensionen? Wenn eine Firmenpension gemeint ist, wird es wohl schwer werden, dem Unternehmen vorzuschreiben, wie es dabei vorgehen soll. Marin bleibt eine Erklärung des Zusammenhangs mit dem gesetzlichen Pensionsystem schuldig.

Zu guter Letzt beschenkt uns Experte Marin noch mit einem Klassiker, copyright Wolfgang Schüssel. Zit. 9: ‚Vor allem sei die Wirtschaft mit einem Bonus/Malus-System in die Pflicht zu nehmen, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen.‘ Sehr realistisch, Herr Professor!

Das Positive an dem Artikel im KURIER ist, dass er – wenn er aufmerksam gelesen wird – eines veranschaulicht, nämlich dass die Bestrebungen, die Pensionshöhen zu minimieren und das Pensionsalter so weit als möglich zu erhöhen, nicht argumentierbar sind. Ihren BefürworterInnen bleibt nur die Flucht auf das oben beschriebene Ausgangesniveau.

Wer die Pensionen wirklich sichern will, muss sich dafür einsetzen, dass die Beiträge der Erwerbstätigen durch Reallohnzuwächse und Vollbeschäftigung erhöht werden. Dadurch würde der Bundeszuschuss entlastet. Mehr und höhere Beiträge = weniger Zuschuss!

Außerdem muss der Zuschuss entkriminalisiert werden. Es ist illusorisch zu glauben, dass das Pensionssystem eines der reichsten Länder der Welt ohne ‚Bezuschussung‘ aus Steuermitteln auskommen kann.



**Mein Lebenstraum!
Hart arbeiten und dann von
der Rente irgendwo auf einer
kleinen Insel leben...**

aus: echtlustig.com/28355/mein-lebenstraum

Schnee von gestern, der nicht schmelzen darf

Von Andreas Chvatal, ÖLI-UG und apflug

„Alles, was gestern war, ist nicht wert, berichtet zu werden!“ Eine eherne Regel des Ho-ruck-Journalismus, die vor allem von jenen inbrünstig beherzigt wird, denen es gelungen ist, einen dreisten Schwindel im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, in der Absicht, diesen als Pseudoargument für Schnee von morgen in Stellung zu bringen.

Die Missachtung dieser Regel wird zur Pflicht, wenn der erwiesene Fall vorliegt, dass die gesamte Medienlandschaft der Alpenrepublik einen Schmah nachgeplappert hat. So geschehen Ende 2013, als allseits gebetsmühlenartig kolportiert wurde, dass es 33 Verhandlungsrunden zum neuen Dienstrecht für LehrerInnen gegeben hätte.

Wahr ist vielmehr, dass bei etwa 25 dieser Treffs gar keine entscheidungsbefugten PolitikerInnen anwesend waren. Trotzdem dient die Mär von den 33 Verhandlungsrunden seither als Dreh- und Angelpunkt sowohl für nicht erklärbare „bildungspolitische“ Forderungen als auch für herbei konstruierte Zusammenhänge. ZB: Das neue Dienstrecht sei unverzichtbare Voraussetzung für alle weiteren Schulreformschritte. (Das neue Dienstrecht war von Anfang an ein Prestigeprojekt einer Regierung, die im Wahlkampf panisch nach einem Erfolg suchte. Schulreformen haben damit nicht das geringste zu tun. Sie könnten völlig unabhängig vom Dienstrecht durchgeführt werden, was aber ohnehin nicht geplant ist. Ein klassischer Doppelschwindel!)

Oder: Mit der Gewerkschaft wäre nicht vernünftig zu reden gewesen, deshalb musste das Dienstrecht ohne ihre Zustimmung beschlossen werden. (Wenigstens teilweise richtig. Niemand war bereit, vernünftig mit der Gewerkschaft zu reden. Von entscheidender Bedeutung in diesem Prozess war die Beendigung der Sozialpartnerschaft exklusiv für die Berufsgruppe der LehrerInnen. Damit ist sicher gestellt, dass bei allen künftigen Veränderungen im Schulbereich das Faustrecht ein wichtiger Faktor sein wird. Jenen Vertretern der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter im ÖGB, die dagegen nichts einzuwenden hatten, wird gewünscht, dass ihnen in ihren Bereichen nicht Gleiches widerfährt.)

Und: Das neue Dienstrecht sei eine Verbesserung. (Warum? Erklärung bitte!)

Unter diesen Bedingungen kann natürlich keine seriöse und objektive Bildungsdiskussion stattfinden. Hauptverantwortlich dafür ist die diesbezügliche niveaulose Berichterstattung. Politik und einige profilierungssüchtige WichtigtuerInnen sind mit dieser Situation hochzufrieden. Sie wollen ohnehin keinen Diskurs. Wozu diskutieren – oder gar verhandeln? Es sei ohnehin klar, wo die „Fehler“ im Bildungssystem liegen. Die Liste dieser Unzulänglichkeiten ist von einer Übersichtlichkeit, die es auch PolitikerInnen und ExpertInnen gestattet, sie auswendig zu lernen:

1) Alles, was im österreichischen Schulsystem geschieht, ist schlecht.

2) Dies ist deshalb der Fall, weil alles im Schulsystem von LehrerInnen gemacht wird. Diese sind bekanntlich entweder unfähig oder faul, weshalb regelmäßig ein gewisser Prozentsatz von ihnen gefeuert werden müsste.

3) "PISA" hat hochpräzise Aussagekraft. Daraus kann die Qualität des Schulsystems eines Landes genau abgelesen werden.

4) Aus den Punkten 1) bis 3) folgt, dass das österreichische Schulsystem von Grund auf verändert werden muss. Dabei ist die Organisationsform eines privatwirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmens anzustreben. Künftige PISA-Ergebnisse werden den Erfolg dieser Veränderungen zeigen.

5) Den Gewerkschaften der LehrerInnen muss jeglicher Einfluss auf diese Entwicklung verwehrt werden. Sie stehen jeder Reform ablehnend gegenüber, da sie nur darauf bedacht sind, die „Privilegien“ ihrer Klientel zu bewahren. Außerdem, 33 Verhandlungsrunden...

6) Die Ferien sind zu lang und die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu kurz.

Politik und ExpertInnen sind sich also einig: Österreich braucht keine Bildungsdiskussion! Es müssten nur die Missstände 1) bis 6) gnadenlos ausgemerzt werden. Dies würde einer starken Hand bedürfen, die nicht lange fackelt, sondern die notwendigen Änderungen zielstrebig vornimmt. Eine Erklärung, auf welche Weise die angestrebte Fehlerbeseitigung zu schulischer Qualitätsverbesserung führen würde, ist logischerweise nicht vorgesehen. Fragen wie die folgenden werden nicht einmal ignoriert. Warum würde das Schulsystem besser, wenn die Lehrkräfte länger arbeiten müssten oder mit Arbeitsplatzverlust bedroht würden? Sind die PISA Daten wirklich das Maß aller Dinge? Was bringt das neue Dienstrecht, außer keine Schulreformen?

Somit ist eine öst. Bildungsdiskussion durch folgende Faktoren nachhaltig verhindert:

-) Forderungen werden prinzipiell nicht begründet. Es gilt: Eine Forderung ist beliebt, wenn sie die LehrerInnen belastet.

-) Viele JournalistInnen sind in Schulfragen völlig ahnungslos und/oder recherchieren kaum bis gar nicht. Anstattdessen werden die absurdesten Behauptungen und Berechnungen veröffentlicht. (LehrerInnen arbeiten nur 2 Stunden am Tag! In Ganztagschulen müssen auch die Lehrkräfte ganztägig anwesend sein! Udgl.)

-) Dadurch kommt es zu einer systematischen Desinformation einer Öffentlichkeit, deren Bereitschaft, tendenziöse Unwahrheiten zu glauben, ohnehin extrem hoch ist.

Selbsternannte BildungsexpertInnen nützen dieses Informationsvakuum, um sich hervor zu tun. In den Medien finden sie auch für die jenseitigsten Aussagen eine Bühne. So gelang es etwa im Juni 2014 einem Experten, das LehrerInnen-SchülerInnen Verhältnis von vor 40(!) Jahren mit dem heutigen zu vergleichen. Er stellte fest, dass früher mehr SchülerInnen auf eine Lehrkraft kamen, woraus er folgerte, dass das Schulsystem erstens unfinanzierbar und zweitens

kommunistisch(!) sei. Eine große öst. Tageszeitung stellte ihm dafür ihre gesamte Seite 3 zur Verfügung. (Der Grund für die – dem Experten unerklärliche – LehrerInnenvermehrung liegt auf der Hand, wenn man ihn denn sehen will: In den letzten Jahrzehnten wurden personalintensive Reformen durchgeführt, wie zB. Absenkung auf 30 (ca. 1980!) später auf 25 (2008) Kinder pro Klasse (letztere in 1.-8 Schulstufe und im Poly), Sprachförderung für ImmigrantInnen, Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, ganztägige Schulformen, um nur einige zu nennen.)

Gegen den hier beschriebenen Ungeist darf sich jede und jeder zur Wehr setzen. Da es keine Diskussion gibt, wird mit Argumenten nicht viel zu erreichen sein. Die adäquate Reaktion wären gewerkschaftlichen Maßnahmen, durch die sich die LehrerInnengewerkschaften auch gleich ihre sozialpartnerschaftliche Anerkennung zurück erkämpfen könnten. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD haben bezüglich des neuen Dienstrechts ihre jeweiligen gewerkschaftlichen Bundesvertretungen der LehrerInnengewerkschaften wiederholt aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, was von den anderen Fraktionen für unmöglich erklärt und abgelehnt wurde. Nicht einmal eine Befragung der Mitglieder, welche Maßnahmen sie in welchem Ausmaß mittragen würden, wurde durchgeführt - außer in der BMHS-Gewerkschaft, in der über 10.000 für Maßnahmen bis zum unbefristeten Streik unterschrieben haben (also persönlich, nicht anonym). Im Großen und Ganzen hat die Gewerkschaft ihre eigene Ausschaltung praktisch widerstandslos hingenommen.

Im November 2014 entscheiden die LehrerInnen und alle Bediensteten im Rahmen der **Personalvertretungswahlen** vielfach auch über die fraktionelle **Zusammensetzung ihrer Gewerkschaft**, der Bundesvertretungen (zB GÖD 3: Unterrichtsverwaltung, 10: Pflichtschule, 11: AHS, 12: Berufsschule, 13: Universität/wissensch. Personal, 14: BMHS, 16: Universität/allgemeines Personal, 27: LandwirtschaftslehrerInnen). Das bundesweite PV-Gesamtergebnis wird auf die Gewerkschaftsmandate umgelegt.

Derzeit haben die Unabhängigen GewerkschafterInnen zB drei von 30 Mandaten in der APS-Bundesvertretung, 2 bzw. 3 von 17 in AHS bzw. BMHS und 1 beim allg. Uni-Personal. Die **Listen der Unabhängigen GewerkschafterInnen** sind bei den PV-Wahlen an den Buchstaben **UG am Ende der Kurzbezeichnungen** zu erkennen. Im Bereich der LehrerInnen meist ÖLI-UG, wobei das Ö auch durch ein Bundesland ersetzt sein kann. Bei den Pflichtschul-ZAs gibt es auch noch die Bezeichnungen apflug (Wien), PULL-UG (Steiermark), Grüne&kuli/UG (OÖ), GRULUG (Salzburg), TLI-UG (Tirol). Wir freuen uns über **weitere KandidatInnen** bei den Wahlen, speziell in NÖ, Burgenland und Kärnten suchen wir noch KollegInnen, die nicht immer nur die Wahl zwischen Roten und Schwarzen haben wollen. Meldet euch, wir unterstützen euch (a@oeli-ug.at) - siehe Seite 1.

3 Buchtipps

v. Ambros Gruber



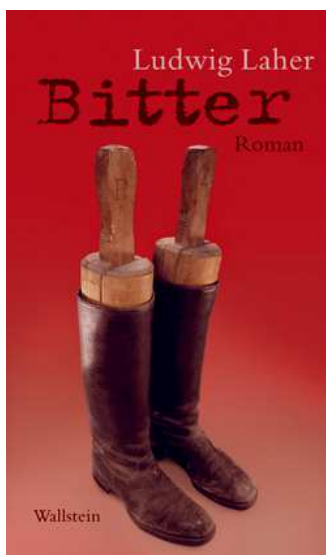
Marlene Streeruwitz: „Nachkommen“
(S. Fischer 2014)

Nelia Fehn muss nach Frankfurt. Zur Buchmesse. Denn sie ist auf der Shortlist zum deutschen Buchpreis. Die junge Schriftstellerin nimmt vorher noch Abschied von ihrem Großvater, der kurz zuvor in Kaiserbad (irgendwo in Ostösterreich) verstorben ist. Abschied von der letzten Person, die ihr Gutes wollte. Nach dem frühen Tod ihrer Mutter. Ebenfalls Schriftstellerin. Der Vater Professor. Unbekannt. Von der Mutter verbannt aus ihrem Leben.

(Cor)nelia fliegt also hin. Trifft ihren Verleger. Geht zur Preisverleihung. Gewinnt den Preis nicht. Hätte ihn sehr wohl brauchen können. Ihr Freund – der Grieche Marios – leidet seit einer Demo mit Polizeieinsatz an chronischen Schmerzen aufgrund der erlittenen Verletzungen. Die Buchmesse rauscht an Nelia Fehn vorbei. Sie kann sich mit dem Literaturbetrieb nicht anfreunden. Mit ihrem Vater, einem pensionierten Universitätsprofessor für Französisch, der plötzlich in ihr Leben tritt, ebenso wenig. Sie will nur zurück nach Griechenland. Und zu ihren Geschwistern. Das Buch – 432 Seiten werden den Gedanken von und um Nelia Fehn während der drei, vier Tage gewidmet – endet in London, wo Nelia Fehn vor dem Besuch bei ihrem Bruder ins Museum geht.

Mit ihrem Roman ist Marlene Streeruwitz eine scharfsinnige Kritik am Buchhandelswesen gelungen. Aber nicht nur. Sondern viel mehr. Viel Vergnügen. Beim Lesen.

Tipp: Der in „Nachkommen“ nur angedeutete Roman Nelia Fehns mit dem Titel „Reise einer jungen Anarchistin nach Griechenland“ soll laut Medienmeldungen im September erscheinen...



Ludwig Laher: „Bitter“
(Wallstein 2014)

Kennen Sie den berühmten „Herrn Karl“ von Helmut Qualtinger und Carl Merz? Wenn nein: Dann schauen Sie ihn sich bitte an (youtube bietet zahlreiche Möglichkeiten dafür). Wenn ja: Dann lesen Sie bitte Ludwig Lahers Roman „Bitter“. Denn er ist eine notwendige Ergänzung dazu.

Laher kommt in seinem Roman ganz ohne kabarettistische Überhöhung aus. Und doch ist die genauestens recherchierte Geschichte, die er erzählt, nicht weniger haarsträubend. Denn Friedrich (oder Fritz) Bitter gelingt es, wie übrigens so vielen Österreicherinnen und Österreichern, seine Untaten nach dem Krieg umzudeuten.

Bitter, zunächst als „Illegaler“ bei der Wiener Polizei, nach dem „Anschluss“ Gestapo-Chef in Wiener Neustadt, später SD-Chef in Charkow und in Norditalien, will nach dem Krieg nirgends dabeigewesen sein.

Bitter lässt sich in der amerikanischen Besatzungszone (Wels, Linz) nieder und heiratet – seine erste Frau ließ sich spät, aber doch, von ihm scheiden – noch einmal. Mit seiner zweiten Frau bewohnt er, nun Versicherungsvertreter der oö. Brandschadensversicherung, schließlich am Ende seines Lebens ein schmuckes Einfamilienhaus am Stadtrand von Linz. Dort besiegt ihn schließlich 1957 der Krebs.

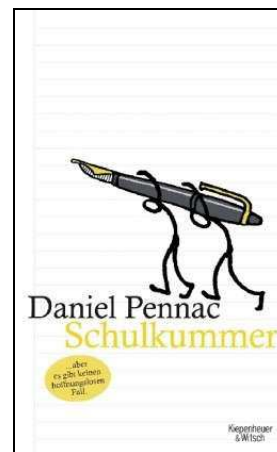
„Der Kitt, der alles zusammenhält, ist das gezielte Schweigen.“ (S. 195)

Dieses Zitat aus den letzten Seiten des Buches trifft wohl am besten das, was schon am Anfang anklingt: Verschweigen, Vertuschen, Umdeuten, Verniedlichen, Verharmlosen. So ist nicht nur Fritz Bitter durch den Krieg und vor allem durch die Nachkriegszeit gekommen. Er ist ein Beispiel für viele Österreicher – und auch Österreicherinnen.

Und so gelingt es Ludwig Laher, mit seinem Roman „Bitter“ seine Leserinnen und Leser zum Nachdenken anzuregen. Und

zum Nachdenken über die eigene Familie und deren Geschichte.

Die Fragen nach dem „Wozu?“ eines solchen literarischen Werkes im Jahr 2014 erübrigen sich also. Denn mit dem Nachdenken kann man auch sehr spät anfangen. Besser spät als gar nie!



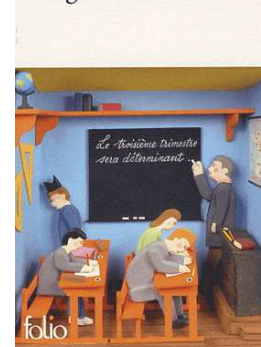
Daniel Pennac: „Schulkummer“
(Kiepenheuer&Witsch 2009)

Der französische Erfolgsautor Daniel Pennac – selbst zunächst Schulversager, dann Lehrer, schließlich Schriftsteller – beleuchtet das Schulsystem (insbesondere das französische) aus einem sehr speziellen Blickwinkel: dem des Schulversagers. Also autobiographisch.

Er erweist guten und schlechten Lehrer/innen seine Reverenz. Die drei, vier guten in seinem Schülerleben haben ihn gerettet. Ihm ein Leben in Würde ermöglicht. Pennac appelliert in seinem Buch, das ähnlich kurze Kapitel wie sein ebenfalls erfolgreiches Werk „Wie ein Roman“ enthält, eigentlich nur an eines: Menschlichkeit, Menschlichkeit und wieder Menschlichkeit. Denn jede Schülerin, jeder Schüler ist „wie eine Zwiebel, deren Häute erst geschält werden müssen, ehe Unterricht möglich ist.“ Was er damit sagen will? Die persönliche Geschichte jedes einzelnen Schülers, jeder einzelnen Schülerin ist wichtig, ist ausschlaggebend. Die Schüler_innen sind Einzelwesen.

Und kein/e einzige/r ist ein hoffnungsloser Fall!

Daniel Pennac
Chagrin d'école



P.S.: Als Französischlehrer empfehle ich natürlich allen Frankophilen die Lektüre des Originals „Chagrin d'école“ (Gallimard 2007). Pennac erhielt dafür den in Frankreich angesehenen Prix Renaudot.

Bildungsdebakel: Plan oder nicht Plan

... das ist hier die Frage



Wilfried Mayr,
mayr@oeli-ug.at, ÖLI-UG-Vorsitzender

Kaum ein/e PolitikerIn, in dessen/deren Reden nicht die Bedeutung der Bildung für die Zukunft einer Gesellschaft vorkommt. Deshalb, an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen." (Mt 7: 16-20)*. Und wie sehen diese Früchte bezüglich der Bildungspolitik aus?

In der sicher nicht revolutionären "Die Presse" wurden vor einigen Wochen der aktuellen Regierung für verschiedene Belange Schulnoten gegeben. Im Bereich Bildungspolitik schaffte sie noch ein "Genügend". Und zwar wegen der engagierten LehrerInnen in der Praxis, wurde angemerkt. Für die Regierung selber hätte es glatt 5 gegeben. Die Regierungsmitglieder sind ja nicht debil. Wie kommt es dann zu solch niederschmetterndem Urteil? AHS-Direktor Christian Schacherreiter meint in den OÖN vom 7. August, das Kernproblem liege in mangelnder Sachlichkeit und Professionalität der österreichischen Bildungspolitik. Im Rittern um diese ringen sich die beiden Regierungsparteien gegenseitig faule Kompromisse ab. NMS ja, aber wieder keine gemeinsame Schule der Schulpflichtigen, als die sie von NMS-Ahnfrau Schmied intentioniert war. Die ÖVP bewahrte die AHS-Unterstufe als "differenziertes Schulsystem". Dabei wäre die Hauptschule mit drei Leistungsgruppen um 200% differenzierter gewesen als die AHS-Unterstufe. Was also ist dann "differenziertes Schulsystem"???

Über den Tellerrand geblickt: Nur noch in deutschsprachigen Gebieten "leistet" man sich ein segregierendes Doppelsystem in der Sekundarstufe 1. Relikt einer Strukturbewahrung zurück ins 19. Jahrhundert? Die Sieger bei internationalen Schulvergleichen haben in den

vergangenen Jahrzehnten umgestellt, Blickrichtung Zukunftstauglichkeit. ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka füllte das bildungspolitische Sommerloch 2014 mit der Forderung, man müsse bei Nichtbewährung der NMS notfalls zur Hauptschule zurück. Regression ist auch nicht gerade das Gelbe vom Ei. Ich stimme mit Schacherreiter überein, dass die Krux in der österreichischen Bildungspolitik darin besteht, dass die (Partei)Politik stets die Priorität vor der Bildung hat. Schlechter kann es der Qualität eines Bildungssystems eigentlich nicht ergehen.

Plan oder nicht Plan? Sind die Debatten nur Vorwand dafür, dass der seit über 30 Jahren grassierende Neoliberalismus auch aus dem Bildungswesen maximalen Profit heraus schlagen kann? Je mehr das öffentliche Bildungssystem per ressourcenmäßiger Magersucht** hinunter geschraubt wird, desto attraktiver werden Privatschulen für den Nachwuchs betuchter Kreise. Bei wem die Höhe des Schulgeldes egal ist, der kann seine Kinder gegen lästige Konkurrenz bevorteilen. Die Tüchtigkeit einer Gesellschaft leidet dafür durch eine solche sachliche Negativauslese garantiert.

Als ich in der ARGE LehrerInnen der GÖD fragte, ob hinter den Malaisen der Bildungspolitik vielleicht ein solcher Plan stecken könnte, wurde ich erstaunt gefragt, ob ich da irgendwo einen Plan sehen könnte. Ich denke, wenn das heimische Bildungswesen in Planlosigkeit schwämme, bedeutete das aber immerhin freie Fahrt für den rein profitorientierten Neoliberalismus. Andererseits war die Regierung immerhin so planvoll, die Gewerkschaft mit Scheinverhandlungen zum neuen Dienstrecht ins öffentliche Out zu manövrieren. Taktisch nicht gerade dumm.

* Ich hätte mir nie gedacht, dass ich einmal mit Bibelziten hantiere, aber hier, denke ich, passt es.

** Viel Geld fließt in den Bildungsbereich, aber zu wenig kommt in den Klassen an. Vom Dienstwagen des LSR-Präsidenten samt Chauffeur haben die SchülerInnen rein gar nichts, die Kosten für das Personal der Schulaufsicht (in Finnland längst abgeschafft) schlagen sich auch nicht gerade unbedeutend auf das Bildungsbudget nieder.



Der WeltlehrerInnentag wird seit 1994 am **5. Oktober** begangen. Er erinnert an die bedeutende Rolle der LehrerInnen für qualitativ hochwertige Bildung und die "Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer" - <http://unesdoc.unesco.org/images/0016/001604/160495e.pdf> - beschlossen 1966 von UNESCO und Internationaler Arbeitsorganisation (ILO). Ziel des Welttags ist es, auf die verantwortungsvolle Aufgabe von LehrerInnen aufmerksam zu machen und deren Ansehen zu steigern. In vielen Schulen finden rund um diesen Tag Dienststellenversammlungen statt, um die eigene Situation zu reflektieren.

Josef Gary Fuchsbauer,
0680 2124358, fuchsbauer@oeli-ug.at



GÖD-Wahlergebnis-transparenz

In www.bildungsforum.net/viewtopic.php?f=12&t=224 könnt ihr nachlesen, dass die GÖD seit Jahren nicht willens oder nicht in der Lage ist zu erklären, wie sie die Zusammensetzung der GÖD-Bundesorgane berechnet. Die GÖD-Wahlordnung sieht die Berücksichtigung der PV-Wahlergebnisse vor. Aber wie und welche? Wie ist sichergestellt, dass Wahlergebnisse von verschiedenen Ebenen nicht mehrere Stimmen von gleichen Personen beinhalten? Dass alle GÖD-Mitglieder ihre Stimme für die 3 wahlwerbenden Gruppen abgeben können? Dass nicht Stimmen bei Wahlen gezählt wurden, deren WählerInnengruppen von den WählerInnen gar nicht als der FCG oder FSG oder UG zuordenbar erkannt werden konnten? Wurden PV-Wahlstimmen gleich gewichtet wie Gewerkschaftswahlergebnisse, obwohl doch bei ersteren erheblich mehr Wahlberechtigte stimmberechtigt sind als bei zweiteren? Usw, usw.

SchülerInnen-Austausch mit Mallorca für Spanischlernende

Mein Name ist Susanna Benedikt. Ich bin Österreicherin und unterrichte seit 9 Jahren auf Mallorca als Deutschlehrerin an der internationalen Schule "The Academy" in Marratxi, in der Nähe von Palma. Als ich das erste Mal über den Schulhof der „Academy“ ging, hörte ich die Schüler und Schülerinnen untereinander in mehreren Sprachen sprechen. Problemlos wurde hier Englisch konversiert, dann kam ein Schulkollege dazu und gleich wurde auf Spanisch weitergesprochen und zwischendurch wurden Bemerkungen auf Deutsch gemacht. Ich war begeistert. Sprache ist lebendig und muss in die Praxis umgesetzt werden. ZB in einem SchülerInnenaustausch. Näheres siehe www.oeli-ug.at/SchuelAustauschMallorca.pdf. Kontaktieren Sie mich: benedikt@oeli-ug.at.



KEINE ANGST VOR REFORMEN: HER MIT DER BILDUNGSMILLIARDE! HER MIT DEM KONJUNKTURPAKET BILDUNG, SOZIALES, GESUNDHEIT UND ÖFFENTLICHER DIENST!

- für einen menschenfreundlichen und menschenwürdigen Arbeitsplatz Schule!
- für gelebte **Demokratie an Schulen: Wahl der Schulleitung auf Zeit!**
- für eine **Verwaltungsreform**, die Mehrgleisigkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene abbaut und LehrerInnen von administrativen Tätigkeiten entlastet, **Schulautonomie!**
- LehrerInnenarbeit ist **mehr als nur Unterricht** und das muss in die Arbeitszeitregelung!
- für **Stärkung der Mitspracherechte der Personalvertretung an den Schulen** gegenüber (künftig autonomen?) SchulleiterInnen!
- für die **Anhebung der Anfangsbezüge und leistungsgerechte Bezahlung** aller LehrerInnen ohne Arbeitszeiterhöhung (wie sie das neue Dienstrecht leider für viele vorsieht)!
- für **kleine Klassen und Lerngruppen!**
- für die Anstellung von **SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, Gesundheitspersonal und FreizeitpädagogInnen** zur Entlastung und Unterstützung der LehrerInnen!
- für eine Schule, in der individuelles und **gemeinsames Lernen ohne Angst** gelingen kann
- für die **Bereitstellung der erforderlichen Budgetmittel durch die Bundesregierung** - Vermögens- und Spekulationssteuern anheben!

KEINE ANGST VOR REFORMEN:

PARTEIBUCH-POLITIK UND ÖVP-SPÖ-PARTEIHICKHACK AUSBREMSEN -

ÖLI-UG und die Landes-/Bezirks-/Schullisten der Unabhängigen **WÄHLEN**

ÖLI-UG = LehrerInnen-Interessen am Arbeitsplatz Schule, im Bezirk, im LSR/SSR

und gegenüber BMBF und Regierung solidarisch und offensiv vertreten www.oeliug.at

UG = parteiunabhängige Gewerkschafts-/Personalvertretungsarbeit: www.ugod.at, www.ug-oegb.at

Anfragen/Infos, Kreidekreisabo: a@oeli-ug.at

Du würdest den Kreidekreis auch deinen KollegInnen ins Postfach legen? Bitte mail an a@oeli-ug.at: Name, Schule, Anzahl

www.oeli-ug.at/?id=105 Download des 80-Seiten-ÖLI-Skriptums (Dienst-/Schul-/Besoldungs-/PV-Recht) in [Service](#), [Dienstrecht](#)

Im **ÖLI-UG Informations- und Diskussionsforum** www.bildung-forum.net kannst du schreiben und lesen, zB

www.bildung-forum.net/viewtopic.php?f=27&t=240: Info zum Pensionskonto f. Vertragsbedienstete ab 1.1.1955. Oder zB in [Bildung+Politik+Gesellschaft](#): zentrale Datenspeicherung (zB Sokrates), 3000 Sonderpaed. fehlen, Schulombudsstellen in allen Bundesländern

Überstunden aufs Zeitkonto ansparen? Meldung bis 30.9.!

Wer sich jetzt denkt: „Was kümmern mich die Überstunden, ich hab' eh keine“ möge erwägen: Das kann und wird sich ändern. In vielen Bereichen gibt's schon LehrerInnenmangel - und die Gesetze besagen, dass wir bis zu 5 Unterrichtsstunden zusätzlich pro Woche halten müssen (auch wenn diese etwa 1/3 schlechter bezahlt sind als die Stunden innerhalb der Lehrverpflichtung).

Drum sollten wir wenigstens nicht unnötig Geld herschenken und zB einen **Förderunterricht** nicht in einer Woche mit verringerter Überstundenbezahlung halten (siehe Eintrag in Woche 47 am Kalender Seite 4-5), bei Teilzeit (als Pragmatisierte/r) die **Pensionsbeitragsvollzahlung** („Altersteilzeit“, siehe Skriptum Seite 29) und das **Zeitkonto** bei Überstunden (als BeamtIn oder I-L-VertragslehrerIn) überlegen (Seite 29, Achtung: Muss bis spätestens 30.9. gemeldet werden!). Infos zu Zeitkonto und Altersteilzeit auf einem A4-Blatt zum Aushängen: www.oeli-ug.at/fileadmin/servicePDF/DRS09ZeitkontoAlterstz.pdf

www.gutenberg.at - Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. klimaneutral gedruckt ° CP IKS-Nr.: 53401-1407-1014



DVR: 0581518

P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort) GZ 02Z030917M

ÖLI ZVR-Zahl 125480687.
Falls unzustellbar bitte zurück an:
ÖLI-UG, 4643 Pflasterweg 7
5/2014



PEFC/06-39-27

An: